

ALBERTO ACOSTA

BUEN VIVIR

VOM RECHT AUF EIN
GUTES LEBEN

Das Wissen
der Anden
für eine Welt
jenseits des
Wachstums

 **oekom**



Alberto Acosta

Buen vivir

Vom Recht auf ein gutes Leben

ISBN 978-3-86581-705-1

224 Seiten, 13,0 x 20,5 cm, 16,95 Euro

oekom verlag, München 2015

©oekom verlag 2015

www.oekom.de

Einführung

Der schwierige Aufbau einer Utopie

Die Welt steht an einem Scheideweg. Die Situation ist extrem kompliziert. Um die gegenwärtige Kultur und den hohen Lebensstandard einer kleinen Minderheit von Menschen zu erhalten, müssen die Mühen des Fortschritts ständig angetrieben werden. Das führt zu einer immer größeren Güterproduktion und stetig steigendem Konsum, der wiederum eine ständig wachsende Nachfrage nach natürlichen Rohstoffen zur Folge hat. Wir müssen akzeptieren, dass es trotz dieses ›Fortschritts‹ nicht gelungen ist, die Armut großer Teile der Weltbevölkerung oder zumindest den Welthunger zu besiegen, obwohl wir heute über eine in der Menschheitsgeschichte nie zuvor erreichte Fülle an wissenschaftlichen Errungenschaften verfügen, die durchaus die Möglichkeit mitbringt, allen Lebewesen auf dem Planeten ein würdiges Leben zu bescheren.

Die Realität zeigt, dass die überwiegende Mehrheit der Menschheit nicht in den Genuss des sogenannten Fortschritts kommt und dass all der Aufwand ihre Lebensqualität in keinsten Weise verbessert hat. Selbst jene, welche die unmenschlichste Stufe der Armut überwunden haben, leben in ständiger Bedrohung, in die Armut zurückzufallen, und in einer steigenden Frustration darüber, dass das Ideal eines Lebens in Wohlstand in immer weitere Ferne rückt. Auf diesem krummen Weg der Entwicklung beginnen sich die Risse eines Systems zu zeigen, das die Grundlagen nachhaltigen Lebens zerstört. Die biologischen Grenzen des Planeten werden alarmierend überschritten.

Zusammengefasst präsentiert sich das Prinzip der Entwicklung schon jetzt wie ein Weg ohne Zukunft. Diese Feststellung gewinnt rund um die Welt immer mehr Akzeptanz. Im globalen Norden entstehen

»Das Prinzip der
Entwicklung prä-
sentierte sich schon
jetzt wie ein Weg
ohne Zukunft.«

Konzepte, die sich mit einer ökonomischen Wachstumsrücknahme und anderen Formen des harmonischeren Zusammenlebens zwischen Menschen und von Mensch und Natur beschäftigen. Im globalen Süden nehmen die Zweifel am Prinzip der Entwicklung und seinen Versprechen, die direkt aus dem unerreichbaren Phantasma des Fortschritts hervorgehen, ebenfalls zu.

Die komplexen Herausforderungen der gegebenen Situation rufen uns zum Nachdenken, aber vor allem auch zum Handeln auf. Sie wird sich nicht über Nacht lösen lassen, so viel ist sicher. Was uns aber zugutekommt, ist, dass wir nicht erst kürzlich diesen Weg beschritten haben. Wir können mit Werten, Erfahrungen und insbesondere mit alternativen kulturellen Praktiken auf dem ganzen Planeten rechnen, die uns dabei unterstützen. Wir wollen bereits an dieser Stelle die Möglichkeiten, die der Ansatz des Guten Lebens – »Buen Vivir«, »Sumak Kawsay« oder »Suma Qamaña« – bietet, der von den indianischen Gemeinschaften aus dem Anden- und Amazonasgebiet stammt, besonders hervorheben. Sie stellen eine Alternative zum Konzept der Entwicklung dar und nicht lediglich eine weitere Variante davon. Neben den Vorstellungen der »Abya-Yala« (indianischer Name des amerikanischen Kontinents) gibt es noch viele andere philosophische Überlegungen in den verschiedensten Ecken der Welt, die auf die eine oder andere Weise mit der Suche nach dem »Guten Leben« verbunden sind.

Gemeinsam ist diesen Lebensalternativen auch, dass viele von ihnen aus den »Peripherien« kommen, während die meisten Beiträge zum Konzept der Entwicklung wie auch viele der gängigen Kritiken an diesem Konzept aus dem Denken der modernen okzidentalen Kultur stammen – fast so, als hätten die »peripheren« Gesellschaften eine Art »ethischer Reserve« gegen die globale Macht des Kapitals.

Einige Gedanken über das »Gute Leben«

Wenn in diesem Buch vom »Guten Leben« die Rede ist, wird dies stets als »Sumak Kawsay« (Quechua), »Suma Qamaña« (Aymara), »Ñandareko« (Guaraní) oder »Buen Vivir« (Spanisch) interpretiert, es sei denn, es wird ausdrücklich auf etwas anderes hingewiesen.

Das »Gute Leben« ist weder einzigartig noch eine Neuheit in der Politik der Andenländer am Anfang des 21. Jahrhunderts. Die uralten Dörfer und Nationalitäten der Abya-Yala sind nicht die einzigen Überbringer seiner Ideen. Das »Buen Vivir« ist Teil einer großen Suche nach Lebensalternativen, die in der Hitze der Menschheitskämpfe für eine lebendige Emanzipation geschmiedet wurden und werden. Das »Gute Leben« wurde unter verschiedensten Namen und Ausprägungen zu unterschiedlichen Zeiten in unterschiedlichen Regionen praktiziert, beispielsweise im afrikanischen Ubuntu oder in den indischen Bewegungen Svadeshi, Swaraj und Apargrama.

»Das »Buen Vivir« ist Teil einer großen Suche nach Lebensalternativen.«

Das »Gute Leben« als Summe von Erlebnissen – viele davon Erlebnisse des Widerstandes in der wahrhaft langen Dunkelheit der Kolonialzeit und seine heute noch sichtbaren Folgen – ist eine in vielen indigenen Gemeinschaften immer noch gelebte Vorstellung. Es sind dies Gemeinschaften, die nicht vollkommen von der kapitalistischen Moderne absorbiert wurden und die es geschafft haben, an deren Rand weiterzubestehen. Ihr kommunales Wissen bildet die Grundlage für Vorstellungen einer anderen Welt und für die Veränderung, die nötig ist, um diese zu erreichen.

Das »Gute Leben« ist einfach etwas anderes. Es geht ihm nicht um die Handhabung von Politik, Instrumenten und Indikatoren, um selbst Wachstum zu erreichen oder es in den Ländern, die sich als entwickelt

ansehen, zu fördern. Andererseits können wir aber auch nicht erwarten, gleich alle Antworten parat zu haben. Wir müssen den Weg in die Zukunft selbst immer wieder neu beschreiten.

Was beim Konzept des »Guten Lebens« zählt, ist das menschliche Individuum, integriert in seine Gemeinschaft, das harmonische Beziehungen mit der Natur pflegt und dabei, individuell genauso wie in der Gemeinschaft, nach dem Aufbau eines nachhaltigen, würdigen Lebens für alle strebt. Zunächst muss man die Vorstellung eines universellen Plans für das »Gute Leben« ablegen, das zu jeder Zeit und an jedem Ort gültig und unbestreitbar ist. Es ist angemessener, von »Guten Leben« in der Mehrzahl zu sprechen, um der Konstruktion einer neuen Kultur, in der eine Pluralität der Ansätze mit einer Radikalität der Lösungen Hand in Hand geht, die Tore zu öffnen. Sie soll an die jeweiligen Visionen und Lebensweisen angepasst sein, die eine Praxis des harmonischen Lebens und ein Leben in Fülle anstreben.

Das vorliegende Buch widmet sich insbesondere dem aus dem indigenen Anden- und Amazonasgebiet stammenden Konzept des »Buen Vivir« oder »Sumak Kawsay«. Einen großen Schritt auf dem Weg zu diesem Konzept hat das Land Ecuador 2008 gemacht, als es Grundelemente des »Buen Vivir« in seine Verfassung aufnahm:

WIR, das souveräne Volk Ecuadors

IN ANERKENNUNG unserer jahrtausendealten, von Männern und Frauen verschiedener Völker gestärkten Wurzeln,

FEIERN wir die Natur, die Mutter Erde, deren Teil wir sind und die für unser Dasein lebenswichtig ist,

RUFEN wir den Namen Gottes an und erkennen unsere unterschiedlichen Formen der Religiosität und Spiritualität an,

APPELLIEREN wir an die Weisheit aller Kulturen, die uns als Gesellschaft bereichern,

und *beschließen*,
 als **ERBEN** der sozialen Befreiungskämpfe gegenüber allen Formen von Herrschaft und Kolonialismus,
 mit unserem starken Engagement für die Gegenwart und Zukunft, eine neue Form des Zusammenlebens der Bürger und Bürgerinnen in Vielfalt und Harmonie mit der Natur aufzubauen, um das Gute Leben, das Sumak Kawsay, zu erreichen;
 eine Gesellschaft zu schaffen, die die Würde der Menschen und Kollektive in allen Aspekten respektiert;
 ein demokratisches Land zu schaffen, das sich der lateinamerikanischen Integration – dem Traum Bolívars und Alfarnos –, dem Frieden und der Solidarität mit allen Völkern der Erde verpflichtet.

Präambel der Verfassung von Ecuador

Die Verfassung enthält eine Reihe von Einsichten, die damals gleichzeitig Gestalt annahmen. In einem Moment des Schaffens, des Auftauchens neuer Ideen, haben sich einzigartige Vorschläge in dem kleinen Andenstaat Ecuador durchgesetzt – beispielsweise die Aufnahme der Rechte der Natur in die Verfassung oder die Anerkennung des Grundrechts auf Wasser, das jede Form der Privatisierung dieser lebenswichtigen Flüssigkeit verbietet, oder die Idee, Rohöl, das im Untergrund des Amazonasgebietes vorhanden ist, dort zu belassen.

Die Suche nach dem verlorenen Paradies

Genau in dieser ideenreichen Zeit überraschte Ecuador die ganze Welt mit dem Vorschlag, ein bedeutendes Ölvorkommen unter dem Yasuní-Nationalpark, mitten im Amazonasgebiet, im Boden zu belassen. Dieser unter dem Namen »Yasuní-ITT-Initiative« bekannte Vorschlag, der aus der Zivilgesellschaft stammte, konnte sich infolge der mangelnden Konsistenz und wegen der Widersprüche innerhalb der ecuadoriani-

schen Regierung nicht durchsetzen. Allerdings spielten auch die fehlende Bereitschaft und Sensibilität der Regierungen der mächtigsten Länder eine Rolle, die ihre Verantwortung nicht übernehmen wollten.

Es stimmt nicht, dass »die Initiative ihrer Zeit voraus war und nicht verstanden wurde«, wie der ecuadorianische Präsident¹ am 15. August 2013 mitteilte, als das Ende der Initiative verkündet wurde. In Wirklichkeit war es der Präsident selbst, der diesen von der ecuadorianischen Gesellschaft für die gesamte Welt erbrachten Vorschlag nicht verstanden hatte und ihm nicht gewachsen war. Es stimmt auch nicht ganz, dass »die Welt uns im Stich gelassen hat«, denn es war die ecuadorianische Regierung, der es nicht gelang, eine solide, kohärente Strategie zur Umsetzung dieser Utopie zu entwickeln.

Ein aus Widerstand geschmiedeter Vorschlag

Es wird immer komplex und schwierig sein, Traditionen aufzubrechen und Mythen zu enthüllen. Der sogenannte Realismus bremst Veränderungen aus. Die Idee, die Erdölvorkommen Ishpingo, Tambococha und Tiputini (ITT) nicht auszubeuten, wenn die internationale Gemeinschaft im Gegenzug finanzielle Entschädigung leistet, stieß deshalb in den Machtkreisen auf Erstaunen und viel Widerstand. In einem erdöl-abhängigen Land vorzuschlagen, das Erdöl nicht zu fördern, schien völlig verrückt zu sein. Im Ausland und in den mächtigen Ölgruppen wurde die Idee erst mit Skepsis beurteilt und schließlich bekämpft. Überraschenderweise gewann sie dann aber mehr und mehr Anhänger und behauptete sich immer stärker in den Zivilgesellschaften innerhalb und auch außerhalb Ecuadors.

Man muss erst einmal wissen, dass sich die Initiative in der Zivilgesellschaft langsam herausgebildet hatte, und zwar schon lange bevor der ecuadorianische Präsident sie Anfang 2007 akzeptierte. Der Einfall, den der spätere Energie- und Bergbauminister² dem noch nicht amtierenden Regierungsteam im Dezember 2006 vorstellte, hat keinen eigentlichen Urheber. Er ist kollektiv entstanden. Der ursprüngliche

Gedanke, die Erdölförderung einzustellen oder zumindest nicht auszubauen, ist sicherlich in den Köpfen derer entstanden, die unter den Erdölgesellschaften im Amazonasgebiet litten.

Der Widerstand der Amazonasgemeinden wuchs immer weiter und mündete schließlich in eine international bedeutende Rechtsklage. Die von der Erdölförderung des Unternehmens Chevron-Texaco betroffenen indigenen Gemeinden und Siedler führen den sogenannten Jahrhundertprozess seit 1993. Unabhängig von seinem Ausgang ist es ein Präzedenzfall, da es gelungen ist, eine der mächtigsten Erdölgesellschaften der Welt vor Gericht zu bringen.³

In einem anderen Teil des Erdölgebietes ist es der Quichuagemeinschaft Sarayaku, Provinz Pastaza, gelungen, alle Erdölaktivitäten der Compañía General de Combustibles (CGC) im Block 23⁴ zu verhindern. Das war ein großer Sieg für eine kleine, organisierte Gemeinde, umso größer, als das Unternehmen bewaffnete Unterstützung vom Staat erhalten hatte. Dieser Gemeinschaft ist es dank einer großen internationalen Solidarität im Juli 2004 gelungen, einen historischen Beschluss der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte zu erwirken: Er verordnete eine Reihe von Schutzmaßnahmen zugunsten des indigenen Volks von Sarayaku.

In der ersten Hälfte des Jahres 2007 akzeptierte das Energie- und Bergbauministerium der ecuadorianischen Regierung diesen Beschluss. Kurz darauf kam es jedoch zu neuen Bedrohungen in Sarayaku. Mit der Neuverhandlung des Fördervertrags über Block 10 zwischen der Regierung und AGIP, die am 20. November 2010 abgeschlossen wurde, überließ die Regierung dem Erdölunternehmen – wieder ohne vorherige Befragung der Gemeinschaft – einen Teil des Blocks 23, in dem mehrere indigene Amazonasvölker leben.⁵

Auf Basis dieser Fakten und genährt von einem langen und harten Widerstandskampf gegen die Erdöl- und Erdgaslobby sowie der Suche nach Alternativen, entwickelte sich im Lauf der Zeit der Plan für ein Erdölmoratorium im südlichen Zentrum des ecuadorianischen Amazonasgebiets: die Grundlage der Yasuní-ITT-Initiative.

»Im Juni 2005
wurde der
Vorschlag ein-
gebracht, das Öl
im Yasuní zu
belassen.«

Das in verschiedenen Foren formulierte Moratoriumskonzept wurde im Jahr 2000 im von mehreren Autoren verfassten Buch »El Ecuador post-petrolero« (»Ecuador in einer Posterdölzeit«) dargelegt. Drei Jahre später wurde es von mehreren Umweltstiftungen formell dem ecuadorianischen Umweltministerium vorgestellt. Im Jahr 2001 hatten Gruppen, die eine zunehmende Auslandsverschuldung kritisierten, Vorschläge für ein historisches Abkommen mit den internationalen Gläubigern verfasst: Die Tilgung der

Schulden sollte eingestellt werden und im Gegenzug das Amazonasgebiet erhalten bleiben. Dieser Vorschlag befand sich auf einer Linie mit der Einforderung der ökologischen Schuld, bei der die reichen Länder die Schuldner sind.

Unter Berücksichtigung dieser Forderungen wurde im Juni 2005, als die Regierung schon beschlossen hatte, das Erdöl im ITT-Gebiet zu fördern, der Vorschlag eingebracht, das Öl im Yasuní zu belassen, wenn es dafür eine finanzielle Gegenleistung gebe. »Ein ökologischer Aufruf für den Erhalt, das Klima und die Rechte« hieß das Positionspapier von Oilwatch,⁶ das in der ersten Sonderexpertengruppe über Schutzgebiete in Montecatini, Italien, formuliert wurde. Später fand das Konzept Eingang in das Buch »Asalto al paraíso: empresas petroleras en áreas protegidas« (»Angriff aufs Paradies: Erdölunternehmen in geschützten Arealen«), 2006 von Oilwatch herausgegeben.

Alle Vorschläge und Initiativen ebneten den Weg, damit sich der Plan für ein Erdölmoratorium im südlichen Zentrum des ecuadorianischen Amazonasgebietes im politischen Leben Ecuadors positionieren konnte. In einem historischen Moment, in dem sich lange, komplizierte Kämpfe unterschiedlicher Gruppen der Zivilgesellschaft konsolidierten, wurde die Moratoriumsidee schließlich Teil des im Jahr 2006 ausgearbeiteten Regierungsplans 2007–2011 der Bewegung Alianza País.⁷ Das heißt, der Vorschlag wurde in die Wahlkampagne des heutigen Präsidenten Ecuadors aufgenommen. Doch später wur-

de die Idee verraten, als die Regierung beschloss, die XI. Erdölrunde im südlichen Zentrum des ecuadorianischen Amazonasgebietes abzuhalten.

Die wesentlichen Ziele der Yasuní-ITT-Initiative

Unabhängig von der Schlagkraft der einzelnen Argumente, mit denen sich die Yasuní-Initiative länger als sechs Jahre lang hielt, gilt vor allem das zentrale Ziel: Nichtförderung des Erdöls aus den drei unterirdischen Lagerstätten des ITT bzw. von Block 43 im äußersten Osten des Nationalparks Yasuní – Ishpingo, das Vorkommen im Süden des Blocks (ein Großteil davon in der unantastbaren Zone),⁸ Tambococha im Zentrum und Tiputini im äußersten Norden, zum Teil außerhalb des Parks gelegen. Der ITT bildet eine Art Korridor zwischen dem Yasuní und der unantastbaren Zone des Cuyabeno-Imuya im Norden des Nationalparks Yasuní.

Ein großes zusammenhängendes Gebiet im Nordosten des ecuadorianischen Amazonasgebietes wurde in Stücke gerissen und geriet so unter die Kontrolle verschiedener Akteure. Was einmal das Territorium der indigenen Völker war, wurde der Kontrolle religiöser Orden, von Erdölunternehmen und bis zu einem gewissen Grad der Kontrolle des Staates unterworfen. Man kann also zusammenfassend sagen, dass die Kirchen, die evangelische wie auch die katholische, die Streitkräfte sowie Erdöl- und andere Unternehmen für die derzeitige Konfiguration des Territoriums entscheidend waren. Alle Akteure haben auf unterschiedliche Art und Weise ein Gebiet abgesteckt und beansprucht, in dem eine indigene Bevölkerung lebte und bis heute lebt. Und viele ihrer Unternehmungen erfolgten im Einklang mit den Forderungen des Extraktivismus, vor allem von Erdöl.

Man muss bedenken, dass das ecuadorianische Amazonasgebiet seit Jahrzehnten ausgebeutet wird. Als Ergebnis haben sich die in freiwilliger Isolation lebenden indigenen Völker aus den Fördergebieten immer weiter in die letzten Waldgebiete zurückgezogen und halten

sich momentan vor allem in bislang unangetasteten Gegenden auf. In diesen immer kleiner werdenden Regionen, deren Artenvielfalt in rasendem Tempo schwindet, ist die indigene Bevölkerung immer zahlreicher geworden. Das führt dazu, dass sich die Gemeinschaften nicht zuletzt auch aus Platzmangel zunehmend gegen Förderaktivitäten wehren.

Unter Berücksichtigung dieser komplexen Realität stützte sich die Yasuní-ITT-Initiative auf vier Pfeiler:

- 1) Schutz des Territoriums und damit des Lebens der in freiwilliger Isolation lebenden indigenen Völker.
- 2) Erhalt einer auf der Erde einmaligen Artenvielfalt – bis heute die größte wissenschaftlich erfasste weltweit.
- 3) Schutz des globalen Klimas durch Belassen einer bedeutenden Erdölmenge im Boden und damit Vermeidung des Ausstoßes von 410 Millionen Tonnen CO₂.
- 4) Erster Schritt Ecuadors zum Übergang in eine Posterdölzeit, die in anderen Ländern Beispielkraft hätte.

»Das ›Gute Leben‹ ist nicht einfach ein Vorschlag für eine alternative Entwicklung, sondern eine Alternative zur Entwicklung.«

Aber das ist noch nicht alles. Als fünften Pfeiler könnten wir an die Möglichkeit denken, gemeinsam – als Menschheit – konkrete Antworten auf die weltweiten gravierenden Probleme des vom Menschen verursachten Klimawandels zu finden, der sich vor allem in dieser Phase der globalen Expansion des Kapitals verschärft.

Als Gegenleistung für den Schutz und die Rettung des Yasuní-Gebietes erwartete Ecuador einen finanziellen Beitrag der internationalen Gemeinschaft, die besonders

für die von den reichsten Gesellschaften verursachten Umweltschäden Mitverantwortung übernehmen muss. Es ging nicht um eine vulgäre Entschädigung zur weiteren Stärkung der Entwicklung (wie die

ecuadorianische Regierung es verstanden hatte). Die Yasuní-Initiative ist angeregt vom Aufbau des »Guten Lebens« oder »Sumak Kawsay«: nicht einfach ein simpler Vorschlag für eine alternative Entwicklung, sondern eine Alternative zur Entwicklung, wie wir später noch sehen werden.

Ein mit Widersprüchen gepflasterter Weg

Der Weg dieser Initiative innerhalb Ecuadors war extrem holprig. Anfangs, als der vor 2007 von der Zivilgesellschaft eingebrachte Vorschlag zur Nichtförderung auftauchte, wurde er auf Regierungsebene vom damaligen Erdöl- und Bergbauminister gefördert. Dessen Haltung widersprach dem Beschluss des Präsidenten und Geschäftsführers der staatlichen Erdölgesellschaft Petroecuador, der es nur darauf abgesehen hatte, das Erdöl so schnell wie möglich zu extrahieren.

Am 31. März 2007 wurde die Konfrontation vom ecuadorianischen Präsidenten in der Vorstandssitzung Petroecuadors entschieden. Konkret standen zwei Optionen zur Auswahl: Bei Option A sollte das Öl unter der Erde bleiben, bei Option B sollte es gefördert werden. Seitdem ist der Wettkampf zwischen den beiden Möglichkeiten, die ganz klar die beiden Positionen zugunsten von Erdöl (Extraktivismus) und von Leben (Biodiversität) verdeutlichen, stets latent, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität geführt worden.⁹

Am 18. April 2007 kündigte der Regierungspräsident auf Initiative des Energie- und Bergbauministers die Schutzpolitik für die in freiwilliger Isolation lebenden Völker an.¹⁰ Am 5. Juni wurde die ITT-Initiative offiziell im Präsidentenpalast vorgestellt. Mitte desselben Monats, am 14. Juni 2007, definierte das Energie- und Bergbauministerium die Aktionsgrundlagen für den Energiesektor in der Energieagenda 2007–2011. Darin enthalten waren die beiden Optionen für ITT. Die Agenda erklärte auch Inhalt und Reichweite der Initiative, das Erdöl im Boden zu belassen, ein Vorschlag, »der vom Energie- und Bergbauministerium betrieben und verteidigt« wurde.¹¹

Danach hat die Initiative in einem ständigen Hin und Her Sternstunden und Zeiten wachsender Zweifel durchgemacht. Der Präsident erntete Applaus bei den Vereinten Nationen, der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC), dem Weltsozialforum und vielen weiteren internationalen Gipfeltreffen, auf denen er den möglichen Schutz des Amazonasgebietes vorstellte, der größere Auswirkungen auf das globale Klima vermeiden sollte.

Besonders erwähnenswert ist die frühzeitige Unterstützung aus Deutschland. Im Juni 2008 sprachen sich Vertreter aller Fraktionen im Bundestag öffentlich für die ITT-Initiative aus und drängten ihre Regierung, diese entschieden zu unterstützen. Damit öffneten sich viele Türen; diese frühe, wirksame Unterstützung erwies sich als fundamental. Umso mehr erstaunte daher der Beschluss des Bundesministers für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit Dirk Niebel, der der Initiative im September 2010 den Dolchstoß versetzte. Die Entscheidung des deutschen Ministers schwächte nicht nur die Chancen auf eine wirksame Unterstützung, sie entmutigte auch viele potenzielle Beitragszahler, die noch Zweifel an ihrem Entschluss hegten.

Im Jahr 2010 legte die ecuadorianische Regierung endgültig fest, wofür die finanziellen Mittel aus dem von den Vereinten Nationen zu überwachenden Treuhandfonds eingesetzt werden sollten, das heißt also die Gelder, die im Gegenzug für die Nichtausbeutung der ITT-Regionen eingingen. Es wurden fünf Teilbereiche definiert: Transformation der Energiematrix mit Entwicklung alternativer, in Ecuador vorhandener Energiequellen, Erhalt der Schutzgebiete, Wiederaufforstung, nachhaltige soziale Entwicklung vor allem im Amazonasgebiet selbst sowie Investitionen in technologische Forschung.

Auch in der Zivilgesellschaft entwickelte sich eine interessante Diskussion, die im Laufe der Zeit immer stärker und tiefergründiger wurde. Es liegen mehrere Dokumente und Beiträge verschiedener Gruppen sowohl aus Ecuador als auch aus dem Ausland vor.

Dennoch wurde parallel weiter daran gearbeitet, zumindest einen Teil des ITT-Erdöls zu fördern. Der ecuadorianische Präsident selbst drohte wieder und wieder mit der unmittelbaren Ausbeutung des ITT-

Felds im Yasuní. In Wirklichkeit war es keine Drohung, sondern schon der Beweis für die zukünftige Nutzung: zu erkennen an den fortschreitenden Extraktionsarbeiten in Block 31, der an das ITT angrenzt (auch unter dem Namen Block 43 bekannt). Außerdem beweisen von der britischen Zeitung »The Guardian« verbreitete Dokumente, dass sich die Regierung um einen chinesischen Kredit im Austausch zum ITT-Erdöl bemühte. Ein weiteres Beispiel beleuchtet diese zweideutige Haltung des Präsidenten: seine Erklärung aus dem Jahr 2011, in der er noch während der offiziellen Gültigkeit der Initiative eine Volksabstimmung über die Zukunft des ITT ankündigte. Damit wurde der Initiative ganz offensichtlich Glaubwürdigkeit abgesprochen. Diese Erpressungslogik und eine fehlende kohärente politische Strategie stifteten Verwirrung und schürten Angst und Misstrauen in der Zivilgesellschaft.

Ende 2008, mit der Aufnahme der Rechte der Natur in die Verfassung von Montecristi, hatte sich der konzeptuelle Rahmen für die Initiative entscheidend geändert: In Artikel 57 ist ein ausdrückliches Verbot für die Ausbeutung der Gebiete festgeschrieben, in denen sich in selbst gewählter Isolation lebende, freie Völker aufhalten. Das Verfassungsmandat ist auch laut Artikel 71 eindeutig: »Die Natur oder Pacha Mama (Mutter Erde), in der das Leben stattfindet und sich reproduziert, hat das Recht, in ihrer Existenz durch Erhalt und Regenerierung ihrer Lebenszyklen, Struktur, Funktionen und Entwicklungsprozesse ganzheitlich respektiert zu werden.« In Artikel 73 heißt es: »Der Staat setzt Schutzmaßnahmen und Restriktionen für Aktivitäten um, die zum Aussterben der Arten, zur Zerstörung der Ökosysteme oder zur dauerhaften Störung der natürlichen Zyklen führen können.«

Leider hat die Regierung daraufhin nicht die Basis der Initiative abgeändert. Man behielt die Idee der »Entschädigung« bei, die die Bewegung auf rein finanzielle Motive reduziert: Andere politische und vor allem menschenrechtliche Ziele

»In der Basis der Initiative blieben politische und vor allem menschenrechtliche Ziele außen vor.«

blieben außen vor, wie der Schutz der in freiwilliger Isolation oder versteckt lebenden Völker und der Schutz der Artenvielfalt, beides in der ecuadorianischen Verfassung von 2008 verankert.

Dieser Punkt verdient es, genauer analysiert zu werden. Pablo Solón hat dazu Folgendes geschrieben: »Der Schutz der Natur und der Rechte der Mutter Erde kann nicht auf der Erwartung aufbauen, dass die kapitalistische Welt ihre ökologischen Schulden zahlt oder die Schenkung ohne Bedingungen und Bindungen erfolgen wird. Es besteht kein Zweifel daran, dass es, angesichts ihrer historischen Schuld und Pflicht, den Schaden wiedergutzumachen, das Richtige wäre. Aber in Wahrheit werden wir nie erreichen, dass die Kapitalisten zahlen, bis wir nicht das kapitalistische System besiegt und ersetzt haben.«¹² Die Yasuní-ITT-Initiative zeigt in genau diese Richtung, sie trägt dazu bei, den Kapitalismus zu überwinden und die Welt in Richtung Menschenrechte und Rechte der Natur grundlegend zu verändern.

In der Praxis führte die Regierung jedoch unter Missachtung der Verfassungsvorschriften ihren finanziell ausgerichteten Weg weiter fort. Die letzte Verhandlungskommission war nicht mehr so hochkarätig besetzt wie die vorherigen. Die für die Leitung der internationalen Verhandlungen verantwortliche Person ging ohne klare Zielangaben vor, wie bei einer im Fernsehen übertragenen Geldsammelshow, ohne politisches und strategisches Profil.¹³

Am 15. August 2013, dem Tag, an dem der ecuadorianische Präsident die Yasuní-ITT-Initiative offiziell begrub, fand dann ein kompletter Richtungswechsel statt. Viele der im In- und Ausland zur Förderung der Initiative vorgebrachten Argumente waren nun vergessen oder wurden einfach geleugnet. Die versteckt lebenden indigenen Völker verschwanden von den offiziellen Karten des Gebiets. Der Schutz einer extrem empfindlichen Artenvielfalt wurde über Nacht zu einer leichten Übung erklärt, es wurde sogar entgegen offensichtlicher Tatsachen behauptet, dass überhaupt nur ein Millionstel der Fläche des ITT-Gebiets betroffen wäre. Der CO₂-Ausstoß gab plötzlich keinen Anlass mehr zur Sorge. Die potenziellen Erdöleinahmen stiegen von einem Barwert von 7 Milliarden auf 18,2 Milliarden US-Dollar, also

auf mehr als das Doppelte. Und gleichzeitig wurde der Gesellschaft die hoffnungsvolle Nachricht überbracht, dass Ecuador mit dem Erdöl aus dem ITT seinen Erdölhorizont beträchtlich erweitern und nun endlich die Armut ausrotten könne ...

Grenzen und Möglichkeiten finanzieller Entschädigung

Man kann die vielen Argumente, die im Laufe von sechs Jahren zugunsten der Nichtförderung des ITT-Erdöls vorgebracht worden sind, nicht einfach vergessen. Die Liste von offiziellen Dokumenten und Aktionen ist sehr lang. Denken wir nur an die Veranstaltungen und Maßnahmen, die von den diplomatischen Vertretungen Ecuadors organisiert und vorgenommen wurden. Angesichts der neuen Berechnungen der Erdöleinnahmen sollte man sich jedenfalls ein paar Fragen stellen.

Wir nehmen die Regierungsangaben über die potenziellen Einnahmen aus der Erdölförderung im ITT als wahr an, 18,2 Milliarden US-Dollar Barwert, berechnet anhand von 40 Milliarden US-Dollar Nominalwert. Ein potenzieller Betrag muss über einen Zeitraum anteilmäßig aufgeteilt werden. Das Erdöl im ITT wird im Laufe von 22 bis 25 Jahren gefördert werden. Das bedeutet, dass der Staat pro Jahr durchschnittlich weniger als 2 Milliarden US-Dollar im Nominalwert erhalten könnte.¹⁴

Diese Werte, deren Berechnungen schon viele Ungereimtheiten aufweisen, liefern nicht alle erforderlichen Informationen für fundierte Entscheidungen. Bei derartigen Projekten werden oft unvollständige Berechnungen angestellt, da weder alle wirtschaftlichen Kosten berücksichtigt noch erst recht die sozialen und Umweltkosten eingerechnet werden. Außerdem gibt es keine Technologie, die gewährleisten kann, dass kein Erdöl ausläuft oder andere typische Unfälle geschehen, die dieser ökologisch so reichen und empfindlichen Region schaden, und die die Risiken für die in freiwilliger Isolation lebenden Gemeinschaften beseitigt.¹⁵

Daran zu glauben, dass mit den genannten Einnahmen die Armut ausgemerzt werden könne, ist ein Trugschluss. Wir exportieren seit August 1972 Erdöl aus dem Amazonasgebiet, und Ecuador hat sich weder entwickelt noch die Armut besiegt. Nicht zu vergessen ist dabei, dass die seit 2007 im Amt sitzende Regierung in der Geschichte der Republik die bislang höchsten Einnahmen erzielt hat: nominal gesehen, über 220 Milliarden Dollar, wenn man die Einnahmen des

*»Daran zu glauben,
dass mit den genannten
Einnahmen die
Armut ausgemerzt
werden könne, ist ein
Trugschluss.«*

Staatshaushalts dieser sieben Jahre zusammenzählt. Dennoch ist es ihr nicht gelungen, die Armut auszurotten. Auch wenn man anerkennen muss, dass sie auf Landesebene die Armut von 37 Prozent auf 22 Prozent verringert hat. Doch ist in den Provinzen mit den höchsten indigenen Einwohnerzahlen, so auch in den Amazonasprovinzen, die Armutsrate gleich geblieben.

Man muss sich darüber im Klaren sein, dass die Armut nicht nur mit sozialen Investitionen und öffentlichen Vorhaben überwunden werden kann, sondern dass es dazu einer tief greifenden Umverteilung des Reichtums bedarf (die in Ecuador nicht stattfindet; zwar ist die Verteilung der Steuereinnahmen gerechter geworden, doch hat sich parallel dazu die Konzentration des Reichtums verschärft).

Wenn man sich vornehmen würde, den Reichtum umzuverteilen, wären genügend Mittel vorhanden, um die Armut zu beseitigen. Derzeit beträgt die Steuerlast für den Umsatz der 110 reichsten Gruppen 2,9 Prozent. Wenn wir diese Last um gerade einmal 1,5 Prozent erhöhen würden, flössen mindestens zwei Milliarden US-Dollar mehr in die Staatskasse als das, was mit der Yasuní-ITT-Initiative erreicht werden soll. Eine weitere Finanzierungsquelle täte sich auf, wenn die Treibstoffsubventionen, die vor allem die Reichen begünstigen, verringert oder eingestellt werden würden. Auch eine Neuverhandlung der Verträge mit den Telefongesellschaften würde viel einbringen, da

deren Gewinne jährlich bei 38,5 Prozent (achtunddreißig Komma fünf Prozent) des Nettovermögens liegen. Man könnte auch noch ein paar andere Maßnahmen anführen.

Über diese Berechnungen hinaus muss klar sein, dass es sich nicht um eine rein finanzielle Angelegenheit handelt, sondern vor allem um Fragen der politischen Ethik. In der nationalen und internationalen Gesetzgebung der Menschenrechte gibt es präzise Einschränkungen, wenn es um Gebiete geht, in denen sich in freiwilliger Isolation lebende Gemeinschaften befinden, und dass es absolut verboten ist, diese zu schädigen. Auch muss noch einmal auf die Gültigkeit der in der ecuadorianischen Verfassung verankerten Rechte der Natur hingewiesen werden.

Nach dem Scheitern der Regierung hat sich das Volk zu Wort gemeldet

In Ecuador sind es heute viele, die mit gewichtigen Argumenten fordern, dass das Erdöl im Boden belassen wird, auch wenn es nicht gelingt, die internationale finanzielle Gegenleistung zu bekommen.

Deshalb versuchte das ecuadorianische Volk über eine Volksabstimmung, die Führung in die Hand zu nehmen, nachdem die Regierung von Präsident Correa gescheitert war. Eine Gruppe junger Leute – das Kollektiv Yasunidos – hat die schwere Aufgabe übernommen, die Unterschriften für die Volksabstimmung zu sammeln. Mit sehr wenig Geld und ohne wirksame Unterstützung der etablierten politischen Gruppen mussten die Yasunidos eine immense Repression seitens mehrerer staatlicher Instanzen über sich ergehen lassen. Dennoch gelang es ihnen, in der verfügbaren Zeit 30 Prozent mehr Unterschriften zu sammeln und einzureichen als von der Verfassung vorgeschrieben: insgesamt fünf Prozent der im Wahlregister eingetragenen Personen, etwa 580.000 Unterschriften.

Dieses Riesenunterfangen war dann aufgrund eines klaren Betrugs seitens des nationalen Wahlrats doch nicht erfolgreich, der

zusammen mit der Regierung einen großen Teil der vorgelegten Unterschriften für ungültig erklärte (etwa 400.000). Zur Rechtfertigung wurde eine Reihe von betrügerischen Argumenten und Formalitäten angeführt, die nicht einmal verfassungskonform sind. Wissenschaftler verschiedener Universitäten und sogar ein umfangreicher Bericht, für den zahlreiche international anerkannte Experten und Persönlichkeiten bürgten, haben dies alles ans Licht gebracht und dokumentiert.

Den Verfehlungen der Staatsführung können aus den letzten Jahren noch weitere beigelegt werden: erstens die Weigerung der Regierung, eine Gruppe deutscher Parlamentsangehöriger das ITT-Gebiet besuchen zu lassen, um zusammen mit einer Gruppe Kritiker (unter anderem den Yasunídos) die Förderentscheidung der Regierung zu überprüfen; und zweitens die Verhinderungsbemühungen der Regierung im Dezember 2014, dass eine Delegation der Yasunídos nach Lima reist, um dort am Klimagipfel teilzunehmen. Trotz dieser repräsentativen Aktionen gelang es den Yasunídos und den deutschen Abgeordneten, sich in der Hauptstadt Perus zu treffen.

Der zweifellose Erfolg eines noch unvollendeten Projekts

Trotz des Scheiterns der Yasuní-ITT-Initiative auf Regierungsebene hat die Bewegung auch ein paar befriedigende Ergebnisse erbracht.

Das Thema hat sich mit seinen vielen Aspekten in der nationalen wie auch der internationalen Debatte positioniert. Außerdem ist es angesichts der ständig wachsenden Erkenntnis, dass CO₂-Ausstöße verringert und vermieden werden müssen, ein konkreter Vorschlag, um Kohlenwasserstoffe im Boden zu belassen.

Die Bedeutung der Initiative ist auch daran abzulesen, dass sich andere Vorschläge direkt oder indirekt von der zugrunde liegenden Idee haben inspirieren lassen und nun sogar das Verb »Yasunizar«¹⁶ (Yasunisieren) geprägt worden ist – an Orten wie dem Nigerdelta, auf den

Lofoten in Norwegen, den Inseln San Andrés und Providencia in Kolumbien sowie auf der Kanarischen Insel Lanzarote. In demselben Sinn wird in Frankreich und woanders in Europa gegen das Fracking von Schiefergas gekämpft.

Schließlich und endlich würde die Nichtförderung des ITT-Erdöls, das ungefähr 20 bis 30 Prozent der ecuadorianischen Erdölreserven ausmacht und von der Menschheit in gerade einmal

neun Tagen verbraucht werden würde, den Weg zur unerlässlichen Wiederannäherung der Menschen an die Natur eröffnen. Damit wäre auch der Weg zur Energietransition geebnet, die Phase der fossilen Brennstoffe, deren biophysische Grenzen nur allzu deutlich zutage treten, wäre zunehmend passé.

So betrachtet und ohne in gewinnorientierten und egoistischen Denkweisen verhaftet zu bleiben, kann man nur hoffen, dass viele ähnliche Initiativen in der Welt aufblühen. Das Motto lautet: Schaffen wir zwei, drei ... viele Yasunís!

»Trotz des Scheiterns der Yasuní-ITT-Initiative auf Regierungsebene hat die Bewegung auch ein paar befriedigende Ergebnisse erbracht.«
